

den Gerüchte den Kapitalisten stark an den Geldbeutel; die dreiprozentige Rente sank an der Pariser Börse um 1,50 Franc, Nordbahn verlor 30, Suezkanalaktien sogar 40 Franc. Als dieser Kurzrückgang Nachmittags in der Kammer bekannt wurde, entstand daselbst eine große Aufregung; der Sitzungsraum leerte sich im Nu; in den Wandelgängen umdrängten die Deputirten den Ministerpräsidenten und verlangten Ausklärungen. Goblet war entrüstet und rief wörtlich: „Aber seien Sie doch keine Kinder!“ Er erklärte die englischen Blättermeldungen für einfach lächerlich. Zwischen Berlin und Paris bestanden freundschaftliche amtliche Beziehungen. Es sei durchaus kein Grund, gegenwärtig einen europäischen Krieg zu befürchten. Auch Boulanger, der ehrgeizige Nellamenheld, erklärte, er wolle bei der nächsten Gelegenheit in der Kammer seine Friedensliebe zum Ausdruck bringen. Das wurde ihm indes selbst von seinen Freunden widertraten, da Erklärungen über die allgemeine Politik nicht Sache eines Fachministers seien. Auch im Ministerrath kamen die Dinge zur Sprache und Goblet wird bei passendem Anlaß in der Kammer Frankreichs Friedensliebe betonen.

Von Berlin aus erfolgte am gleichen Tage das entschiedene Dementi in der „Nord. Allgem. Ztg.“ Die Ablehnung ist also hübsch wie drüber erfolgt, aber Niemand hat ableugnen können, daß die französischen Kriegsvorbereitungen einen für Deutschland bedrohlichen Charakter annehmen. Goblet sagte, daß die amtlichen Beziehungen „freundschaftliche“ seien; wem das zu danken ist, wird man wohl ohne amtliche Erklärungen darüber leicht herausmerken. Die Heuchelei, welche die französische Politik von jeher kennzeichnete, tritt auch jetzt klar zu Tage. Was bedeuten denn diese Friedensversicherungen, nachdem man jahrelang gerüstet und gerüstet, Elsaß-Lothringen Bilsäulen errichtet und diese bald mit Blumen geschmückt, bald mit Trauerflor umwunden hat, nachdem man in allen Tonarten die Revanche besungen und den Hass gegen Deutschland auf jede erdenbare Weise gefeuert hat? Weil das Spiel schon so viele Jahre hindurch geht, giebt es Leute in Deutschland, welche meinen, es werde nie Ernst daraus werden.

Nicht Deutschland, sondern Frankreich hat immer die Vermehrung der militärischen Kräfte begonnen; Frankreich hat das Repetirgewehr zuerst angenommen, Frankreich in den Melinitbomben seine Angrißskraft verstärkt. Glücklicherweise besteht aber zwischen französischer und deutscher Energie ein ganz bedeutender Unterschied. Ehe in Frankreich die Beschlüsse ausgeführt sind, hatte Deutschland schon mit eher beendeten Gegenmaßregeln, geräuschlos und schnell, geantwortet. Erst nachdem Frankreich das Repetirgewehr einzuführen beschlossen, griff auch Deutschland zu dieser Maßregel, aber während man in Frankreich noch im Anfange der Neubewaffnung steht, hat Deutschland dieselbe fast vollendet. Die deutsche Regierung darf ruhig zusehen, wie deutsche Fabriken für Frankreich Schwefeläther liefern; Deutschland hat seine Waffen und seine Wehren. Und daß nun das Pferdeausfuhrverbot erging, ist keineswegs eine Maßregel der Feindschaft, sondern der Selbstbehauptung und Vorsicht.

Die dauerhafteste Friedensbürgschaft — da Niemand daran zweifeln kann, daß Deutschland den Krieg nicht wünscht — besteht darin, daß die deutsche Heeresrüstung den Franzosen imponirt und ihnen die Möglichkeit eines erfolgreichen Krieges gegen Deutschland benimmt. Daraus ergibt sich für Deutschland zweierlei: Entweder von Frankreich die Ausklärungen zu fordern, die ihm dieser Tage von den englischen Blättern untergeschoben wurden und falls diese Ausklärungen nicht befriedigend sind, seinerseits den Krieg zu erklären, um aus der ewigen Ungewißheit herauszukommen; aber wer mag für einen solchen Schritt die Verantwortlichkeit übernehmen?! — Oder aber wir müssen die schwere militärische Last weiter tragen, zu ferneren Opfern bereit sein und gegenüber der Gefahr von außen einzuweilen die inneren Streitigkeiten und trennenden Gesichtspunkte vergessen. Das kostlichste, was Deutschland zu verteidigen hat, ist seine mit so schweren blutigen Opfern errungene Einheit und Unabhängigkeit; diese zu bewahren, kann kein Preis zu hoch sein.

## Tagesgeschichte.

— Deutschland. Das Reichsgesetzblatt veröffentlicht eine Kaiserliche Verordnung, welche die Pferdeausfuhr über sämtliche Grenzen gegen das Ausland verbietet. Das Verbot tritt sofort in Kraft.

— Das Kriegsministerium hat der Stadt Apenrade mitgetheilt, daß deren Wunsch, die Garnison zu behalten, nicht entsprochen werden könne. Man darf daraus schließen, daß Deutschland in seinem Falle von Dänemark etwas fürchtet. In der That wird Dänemark jeden Mann nötig haben, um Kopenhagen und die Insel Seeland zu besetzen. Sowie ein Däne jemals die deutsche Grenze überschreiten sollte, ist die deutsche Flotte vor Kopenhagen. — Hierbei sei bemerkt, daß die kürzlich mitgetheilte deutschfeindliche und angriffslustige Rede des dänischen Kriegsministers vor ... zwanzig Jahren gehalten wurde und durch die Mystifikation eines dänischen Blattes einige Tage lang als „neu“ galt.

— München. Dem „Fränk. Kur.“ schreibt man, daß Kaiser Alexander von Russland Mitte März ins Ausland reisen und über Berlin-München-Stuttgart nach Mailand und von da nach Wien reisen wolle. Der Czar sprach, wie man sich in hiesigen Hofkreisen erzählt, schon im Sommer vorigen Jahres dem bayerischen Gesandten in Petersburg, Irben. von Gasser, den Wunsch aus, die bayerischen Königsschlösser besuchen zu können.

— Frankreich. Zwischen den früheren Ministern Freycinet, Ferry und Leon Gambetta sollen jetzt tägliche Besprechungen stattfinden, um in kürzester Zeit das Ministerium Goblet zu stützen; man verfolgt damit den Zweck, die radikalsten Mitglieder des Kabinetts zu entfernen, namentlich Boulanger, als dessen Nachfolger General Lewal in Aussicht genommen ist. Lewal war schon einmal Kriegsminister und hat dadurch von sich reden gemacht, daß er sagte, „die französische Armee sollte doch endlich aufhören, wie hypnotisiert auf das Vogezenloch (die deutsche Grenze) zu starren.“

— Bulgarien. Die Befreiung, die Banlow dem Bulgaren unterbreitet hat, um eine Lösung der bulgarischen Frage anzubauen, sind in Wirklichkeit etwas anderes, zum Theil besser, zum Theil schlimmer, als sie von der „Agence Havas“ geschildert wurden. Erstens beansprucht Banlow nicht bloß das Ministerium des Innern und des Äußeren, sondern auch den Vorstand im Kabinett für seine Partei; jedoch bringt er nicht Raulbars, sondern den General Cantacuzene, der schon früher Kriegsminister in Bulgarien war, zum Kriegsminister in Vorschlag. Ferner scheint nicht von einer Wiedereinführung der Urheber des Staatsstreiches in ihre früheren Stellungen, sondern nur von einer allgemeinen Amnestie die Rede zu sein. Außerdem soll nicht die ganze Armee beurlaubt, sondern es sollen nur die ausgedienten Soldaten verabschiedet und durch neu ausgebogene Mannschaften ersetzt werden. Auch so noch sind die Zumuthungen, die man nicht bloß an die Regierung und das Ministerium, sondern an das Volk von Bulgarien macht, demuthigend genug, und es muß sich zeigen, ob das Volk und insbesondere die Armee bereits mürbe genug sind, um sich widerstandslos unter das Joch zu beugen. Man wird voraussetzen dürfen, daß die Mächte vielleicht noch etwas billigere Bedingungen für die Bulgaren erwirken werden; aber wenn dieselben nur halbwegs den von Banlow formulierten Vorschlägen gleichen und die Bulgaren sich ihnen unterwerfen, so muß man gestehen, daß der diplomatische Sieg Russlands ein vollständiger ist.

## Sächsische Nachrichten.

— Zwickau. Die Tagesordnung zu der am 2. Februar 1887, Vorm. 1/2 Uhr stattfindenden öffentlichen Sitzung des Kreis-Ausschusses besaß folgendes: 1) Differenz zwischen den städtischen Collegien im Crimmitschau wegen Anstellung eines technischen Bauamtsassistenten. 2) Recurs des Breitmühlensitzers E. E. Dörfel in Eibenstock gegen seine Abschätzung zu den Communalanlagen daselbst. 3) Einverleibung einer Parcele von Kappel in den Stadtgemeindebezirk von Chemnitz. 4) Gesuch des Gastwirths H. Fröhlich in Schellenberg um Erweiterung der Tanzbefugnis. 5) Gesuch des Schankwirths Richter in Schönau um Erweiterung der Tanzbefugnis. 6) Recurs des Kurzwarenhändlers F. A. Thurm. 7) Recurs der verm. Köhler und 8) Recurs des Schmiedemeisters H. Schumann in Werda gegen ihre Abschätzung zu den dortigen Communalanlagen. 9) Veränderung der Kehrbezirke Stollberg und Hohenstein-Ernstthal. 10) Recurs des Strumpfwaarenfabrikanten E. A. Dittrich in Bischopau gegen die Abschätzung zu den Communalanlagen daselbst. 11) Abgaben-Erlaßgesuch des Deaconen E. F. Medler in Bischopau. 12) Recurs Herm. Wilh. Beyold's in Ehrenfriedersdorf gegen die Höhe der Besitzveränderungsabgaben. 13) Recurs des Kaufmanns E. Mödler in Werda gegen seine Wiederwahl zum unbefohldeten Ratsherrn. 14) Differenzen zwischen den Ortsarmenverbänden von a. Chemnitz und Gablenz wegen Erstattung von Einkosten für E. C. Lasch; b. Gablenz und Lößnitz wegen Unterstützung der Wächterschen Kinder; c. Penig und Glauchau wegen Übernahme des Knaben Zwinger.

— Annaberg. Mit besonderer Genugthuung erfüllt es uns, mittheilen zu können, daß der bisherige Vertreter des 21. sächsischen Wahlkreises im deutschen Reichstage, Herr Holzmann, welcher nun seit 10 Jahren das Mandat für uns in Händen hat, sich bereit erklärt hat, eine Wiederwahl für den Reichstag anzunehmen. Herr Holzmann hat in einer am Montag Abend stattgehabten Versammlung von Vertrauensmännern der nationalliberalen und konservativen Partei (in Wahl's Restaurant) die diesbezügliche Erklärung abgegeben. Für die Bereitwilligkeit unserer bisherigen Reichstagabgeordneten, aufs Neue die für ihn besonders mit wesentlichen Opfern verbundene Burde eines Reichstagmandats auf sich zu nehmen, kann ihm nur Dank gezollt werden.

— Zur Wahlbewegung wird der „Leipz. Ztg.“ unterm 23. Januar nachstehendes geschrieben: Von den bisherigen konservativen Abgeordneten Sachsen werden Reich-Bauzen, Clemm-Dresden-Reußstadt,

Ackermann-Dresden-Land, Merbach-Freiberg, Günther-Oschätz, v. Trepte-Borna und Hartmann-Blauen in ihren alten Wahlkreisen wieder kandidieren, auch der nationalliberale Abgeordnete Holzmann hat die Wiederannahme des Mandats für Annaberg-Eibenstock zugesagt. Neu aufgestellt sind bis jetzt von Seiten der sogenannten Ordnungsparteien der auf der äußersten Rechten marschirende Frhr. v. Friesen auf Rötha für Meissen, der nationalliberale Fabrikant L. Leuschner für Glauchau, wo derselbe 1884 gegen den Sozialdemokraten Euerlmann, der frühere nationalliberale Abgeordnete Niethammer für Döbeln und der sächsische nationalliberale Landtagsabgeordnete Stadtrath Claus für Chemnitz. In Leipzig-Land ist Dr. med. Götz in Lindenau, der sich im norddeutschen Reichstage von 1867 als Demokrat bezeichnete, seitdem aber mächtig nach rechts marschiert ist, als Kandidat der Ordnungspartei ernannt worden. Wegen Abhaltung durch Berufsgeschäfte hat sich Dr. Götz aber zunächst geweigert, diese Kandidatur anzunehmen. Da diese Abhaltung aber in Folge des mit Sicherheit zu erwartenden sozialdemokratischen Sieges in Leipzig-Land nicht eintreten dürfte, so wird sich Dr. Götz wohl dem Willen seiner Freunde fügen und zugeben müssen, daß dieselben wenigstens ihre Stimmen auf ihn vereinigen. In Reichenbach i. V. hat man den nationalliberalen Landtagsabgeordneten und Handelskammerpräsidenten Georgi-Witzau, den Bruder des Leipziger Oberbürgermeisters, und in Pirna den dortigen konservativen Stadtrath Haensel als Kandidaten in Aussicht genommen. In Zwickau, wo an einem abermaligen Siege der Sozialdemokraten kaum zu zweifeln ist, beabsichtigt man den Gewerberath und Fabrikinspektor Herbrig oder den Kohlenwerksbesitzer v. Arnim in Planitz bei Zwickau aufzustellen. Da beide Herren als streng konservativ bezeichnet werden, so bringen die in jenem Wahlkreise zahlreich vertretenen Nationalliberalen jenen Kandidaturen nur wenig Sympathien entgegen. Vielleicht gibt man sich aber der trügerischen Hoffnung hin, daß gerade jene Kandidaten wegen ihrer vielfachen Beziehungen zur Arbeiterwelt besonders geeignet seien, den Sozialisten zahlreiche Stimmen abwendig zu machen. Im Wahlkreise Stollberg-Schneeberg, wo im Frühjahr v. J. bei der Nachwahl für den konservativen Abgeordneten Ebert der Sozialist Geyer über den Farbenwerksbesitzer Bischler (freikonservativ) siegte, ist neben jenen beiden auch der freisinnige Rechtsanwalt Dr. Hemmel-Zwickau, der früher in Schneeberg als Rechtsanwalt praktizierte, aufgestellt worden; es ist nicht unmöglich, daß derselbe mit einem seiner Gegenkandidaten zur Stichwahl kommt. In Zittau werden die Freisinnigen am nächsten Mittwoch eine allgemeine Wählerversammlung veranstalten, in welcher der bisherige Abgeordnete Buddeberg, der sich übrigens erfreulicher Weise zur Wiederannahme des Mandats bereit erklärt hat, Bericht erstatten wird über seine Tätigkeit im Reichstage. Die Kandidatur Buddeberg soll in jener Versammlung proklamiert werden. In Dresden-Alstadt ist am 21. d. M. in einer von 3000 Personen besuchten sozialistischen Wählerversammlung, in welcher Kayser über die Auflösung des Reichstages referierte, August Weber als sozialistischer Kandidat aufgestellt worden. Die Nachricht hiervom wurde dem zur Zeit im Landesgefängnis zu Zwickau detinirten Kandidaten auf telegraphischem Wege übermittelt.

— Es kann allen Reichstagswählern nicht dringend genug ans Herz gelegt werden, Einfühlung zu nehmen in die gegenwärtig in allen Orten ausliegenden Wählerlisten, um sich davon zu überzeugen, ob ihr Name richtig oder überhaupt eingetragen ist, andernfalls sie von der Wahl ausgeschlossen würden, während von einer Stimme oft das ganze Wahlergebnis abhängt.

— Jüngster Zeit trat wiederholt mit mehr oder minder Gewißheit in der Tagespresse unseres Vaterlandes die Nachricht auf, — auch wir nahmen hier von Notiz — daß zur Zeit in Straßburg garnisonirende königlich sächsische Infanterieregiment Nr. 105 werde im Falle des Eintritts der projektierten Neuformierung zum 1. April wieder innerhalb der Grenzen des engeren Vaterlandes Garnisonen beziehen. Es ist ja nur zu natürlich, daß der allgemeine Wunsch, der Wirklichkeit vorausseilend, diese naheliegende Idee bereits zur Gewißheit stempelte. Wenn man nun aber bedenkt, daß das Regiment als Besatzung eines der wichtigsten Punkte unserer gerade jetzt ziemlich gefährdeten Westgrenze dient, so muß man sich doch sagen, daß es in diesem Augenblick nicht recht wahrscheinlich sei, einen Wechsel in dieser Garnison einzutreten zu lassen, um so weniger, als die Neuformierung der 24 sogenannten vierten Bataillone mit der Nothwendigkeit begründet wurde, die Besatzung der französischen Grenze zu verstärken. Der Dienst in einer Festung erfordert eine so unbedingte Sicherheit und Vertraulichkeit der Besatzung mit den örtlichen Verhältnissen, daß zu einer Zeit wie der jetzigen ein tiefer greifender Wechsel derselben doch nicht recht wahrscheinlich ist, und so dürfte es wohl ruhigeren Zeiten vorbehalten bleiben, unsere braven 105er wieder nach Sachsen zurückzuführen, demnach wird die in diesem Jahre vermutlich erst Mitte April erscheinende Rangliste noch immer neben

Mey St  
sonen an

Bollings  
und sie  
Zagdslin  
unterhal  
und The  
springt  
geht, an  
Hahn, d  
dem The  
iger Bei  
verkaufte  
Sorte Pe  
fabriziert  
das sich  
befestigte  
alles geg  
den gew  
Gefängn

Gegende  
verschwim  
hieran S  
der Rau  
häufig sc  
das Erb  
die Kräf  
der Städ  
werden.  
scheint r  
Lieblinge  
nicht an  
hrer Na

All

Gu

Sp

Dienstst

cialarzt

Her

Meh

kauf zu

Augu

Heute

mit

gespielt

Wild in

zig ein.

Bei

Auftröhre

notb. Be

empfiehle

Schw

a fl. 60

Apoth.

Gebenst